



«Ich habe Mühe, wenn ich als Politikerin auf den Lippenstift reduziert werde»

Nationalrätin Maja Riniker über ihre Erfahrungen als Frau in Politik und Wirtschaft und über die Mängel bei der Gleichstellung der Geschlechter.

«Das Potenzial gut ausgebildeter Frauen wird zu wenig ausgeschöpft.»

Frau Riniker, wenn Sie auf Ihre bisherige Karriere zurückblicken: Hat die Tatsache, dass Sie eine Frau sind, Ihnen mehr genützt oder mehr geschadet?

Während meiner ganzen Laufbahn hatte ich als Frau die gleichen Chancen wie Männer. Einen Entscheid von Vorgesetzten allerdings hinterfrage ich noch immer – auch wenn in der Folge alles so kam, wie es kam, also gut für mich. 2008 wurde mir bei einer Grossbank meine Teilzeitstelle gekündigt. Nicht wegen schlechter Qualifikation, sondern weil hauptsächlich teilzeitarbeitende Personen entlassen wurden. Für die Entgegennahme der unerfreulichen Information musste ich physisch vor Ort sein. Zwei Monate zuvor war ich zum zweiten Mal Mutter geworden. Meine kleine Tochter lag schlafend im Maxi-Cosi neben mir, als mir eröffnet wurde, dass ich nach dem Mutterschaftsurlaub nicht an den Arbeitsplatz zurückkommen müsse, weil ab dann die Kündigungsfrist zu laufen beginne. Das hat mich als Frau sehr getroffen, und ich fragte mich, ob meine damaligen Vorgesetzten die Kündigung auch gegenüber einem Mann ausgesprochen hätten, der eben gerade Vater wurde.

In der Politik scheint es besser zu sein, hat doch die Gleichberechtigung der Frauen grosse Fortschritte gemacht.

Kann man sagen, dass es hier keine Anstrengungen mehr braucht?

Strukturelle Benachteiligungen der Frauen bestehen im Politbetrieb meiner Meinung nach keine mehr. Hingegen scheint es bei der weiblichen Solidarität zu hapern: Gemäss einer Erhebung aus dem Jahr 2019 gibt es 10 Prozent mehr wahlberechtigte Frauen als Männer, für einen Sitz im Nationalrat bewarben sich 2023 41 Prozent Frauen, bei den Gewählten betrug der Frauenanteil noch 38,5 Prozent. Die Parteien stehen in der Verantwortung, mit einer klugen Listengestaltung Frauen zu fördern. Wir haben noch keine Parität zwischen den Geschlechtern. Daher sollten mehr Frauen in politische Ämter gewählt werden. Wir Amtsinhaberinnen stehen in der Pflicht, als Vorbilder mehr Frauen zu motivieren, sich als Kandidatinnen zur Verfügung zu stellen. Ich persönlich hatte im Sommer 2023 grosse Freude, als wir das Kunstwerk mit dem Titel «Tilo» unter dem Giebel des Bundeshauses eingeweiht haben. Es wurde zu Ehren von Tilo Frey (1923–2008) erschaffen. Sie war eine Neuenburger Politikerin, die zu den elf Pionierinnen gehörte, welche 1971 als erste Frauen in den Nationalrat einzogen. Wir verdanken diesen sehr viel. Die Arbeit hin zur Gleichberechtigung ist noch nicht beendet.

Offensichtlich gibt es noch viele Klischees darüber, welche politischen Themen für Frauen geeignet sind und welche nicht. Sie haben sich auf Sicherheitspolitik spezialisiert und deswegen auch negative Erfahrungen gemacht. Wie reagieren Sie darauf?

Mit sachlicher Kritik kann ich gut umgehen. Das hält auf dem Boden, lässt re-

flektieren und spornt an. Hingegen habe ich Mühe, wenn ich als Politikerin auf den Lippenstift oder das Kleid reduziert werde. Ein Mann wird kaum wegen zu vieler Schuppen auf den Schultern oder ausgelatschten Schuhen als inkompetent taxiert. Wer die Grenze zur Strafbarkeit überschreitet, mich also etwa bedroht, wird von mir konsequent zur Anzeige gebracht.

Wie beurteilen Sie denn die Situation der Frauen in der Wirtschaft?

Im nationalen Parlament hat es Ende 2023 38,5 Prozent Frauen, in den kantonalen Parlamenten sind es 33,5 Prozent. Gestützt auf den «Schilling Report 2023» ist es so, dass in der Wirtschaft eine Zunahme der Frauen in den Führungsgremien zu beobachten ist. Bei den 100 grössten Schweizer Arbeitgebern liegt der Frauenanteil bei 29 Prozent im Verwaltungsrat und bei 19 Prozent in der Geschäftsleitung. In den SMI-Unternehmen steigt der Frauenanteil in den Verwaltungsräten auf 34 Prozent respektive 24 Prozent bei den Geschäftsleitungsmitgliedern. Somit ist die Politik etwas besser unterwegs als die Wirtschaft. Aber Parität haben wir in beiden Bereichen noch nicht. Was mir bei diesen Zahlen aufgefallen ist: In der Politik haben wir 100 Prozent Schweizerinnen. In der Wirtschaft sieht es in diesen Gremien anders aus: Mehr als die Hälfte der Frauen, die in den hiesigen Geschäftsleitungen sitzen, haben keinen Schweizer Pass. Bei den SMI-Firmen sind es sogar 91 Prozent. So frage ich mich, wie wir künftig bei international geprägten Firmen das Verständnis für das schweizerische Milizsystem fördern können. Bei-



spielsweise wenn eine Mitarbeiterin für ein Amt kandidiert, Zeit für ihre militärische Karriere investiert oder einen J&S-Kurs leiten möchte? Gerade in instabilen Zeiten müssen wir dem inneren Zusammenhalt des Landes Sorge tragen. Dazu gehört auch, dass unsere Kultur und Werte von der Wirtschaft verstanden und mitgetragen werden.

Warum gibt es im Vergleich zu Männern immer noch so viel weniger Unternehmerinnen oder Startup-Gründerinnen? Wir Frauen sind allenfalls zurückhaltender, wägen mehr ab, fragen Freundinnen, wollen nicht scheitern, rechnen alles nochmal und nochmal durch. Wir müssen am Selbstverständnis der Unternehmerinnen arbeiten und auch

eine Fehler- und Niederlagenkultur etablieren.

Kann der Staat etwas tun, um solche Defizite auszugleichen? Und soll er es tun?

Ja, er kann und soll. Denken wir an die Individualbesteuerung: Solange wir ein Steuersystem haben, welches ein Zweit-einkommen steuerlich bestraft, ist in Sachen Gleichstellung noch Luft nach oben. Hier setzt die zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung an. Indem jede Person nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird, ist ein wichtiger Anreiz für die Erwirtschaftung eines eigenen Einkommens gesetzt. So bleiben dem Arbeitsmarkt auch Mütter erhalten und der Karriereknick, welcher mit einer längeren Abwesenheit vom Arbeitsmarkt verbunden ist, bleibt aus.

Aber das Problem liegt doch weniger bei der Besteuerung als bei der Frage, wer zu den Kindern schaut?

Wenn zwei Personen sich für Kinder entscheiden, braucht es ein gegenseitiges, mehrjähriges Commitment. Dazu könnte gehören, dass die Person mit dem höheren Einkommen dem Elternteil mit tieferem Einkommen zum Beispiel bis zur Volljährigkeit der Kinder einen Ausgleich in die 2. Säule leistet, um Nachteile im BVG zu vermeiden. Wir brauchen aber auch einen Ausbau

an familienergänzender Betreuung. Die Schaffung von Tagesschulen würde ich sehr begrüßen. Nur so können beide Elternteile ihre Arbeitstage voll ausschöpfen. Steuerabzüge für die Kinderbetreuung sollten dem Beschäftigungsgrad angepasst werden. Diese sind auch nicht dazu gedacht, den Nachwuchs in die Kita zu stecken, um eine Yoga-Klasse zu besuchen.

Warum arbeiten so viele gut ausgebildete Frauen Teilzeit, und zwar mit tiefen Pensen?

Das Potenzial gut ausgebildeter Frauen wird zu wenig ausgeschöpft. Sobald Kinder da sind, reduziert mindestens ein Elternteil das Pensum. Oftmals sind das die Frauen. Eine hochprozentig arbeitende Mutter wird zudem von der Gesellschaft immer noch kritisch beurteilt. Wir müssen aufhören, dies negativ zu werten. Von der Wirtschaft wünsche ich mir, vermehrt Führungspositionen im Job-Sharing oder in Teilzeit zu ermöglichen.

Hemmen Teilzeitpensen nicht die Karrieremöglichkeiten von Frauen?

Leider ist dies noch häufig der Fall, besonders wenn Kinder im Spiel sind. Auf jedem zweiten Podium werde ich gefragt, wie ich mich organisiere, wie es meinen Kindern dabei ergehe. Werden Männer auch gefragt, ob ihre Kinder traurig sind, dass der Papi oft sehr viel am Arbeiten ist? Ich stelle fest, dass sich Männer heute in der Öffentlichkeit zunehmend darüber äussern, wie viele Stunden pro Tag oder Woche sie für die Kinder aufbringen. Ist das normal? Als Mutter habe ich diese Buchhaltung nie gemacht, geschweige denn, sie öffentlich kundgetan. Solange wir in solchen Schemen denken, glaube ich, dass leider Frauen bei der Karriere negativere Erfahrungen machen. Die Teilzeitarbeit muss entstigmatisiert werden. So könnte auch dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden.

Aber die Neugierde lässt sich dennoch nicht unterdrücken: Wie haben Sie es gemacht, dass Sie neben der Familie eine

so eindrucksvolle politische Karriere hinlegen konnten, die Sie im kommenden Jahr ins Nationalratspräsidium führt?

Mein Glück ist es, dass ich gesunde, selbstständige und neugierige Teenies habe. Sie brauchen die Eltern immer weniger. Wir haben zu Hause Unterstützung von einem Tagesmami, und mein Mann reduziert während der Sessionen sein Arbeitspensum. Bezüglich der Karriere habe ich den Rat einer ehemaligen Mentorin ständig befolgt: «Wenn der Zug hält und die Türe aufgeht, dann musst du einsteigen.»

Interview: Felix E. Müller

Zur Person

Maja Riniker, 1978 in Aarau geboren, ist eine engagierte Schweizer Politikerin der FDP. Ihre politische Karriere umfasst bedeutende Positionen: Von 2013 bis 2019 war sie Mitglied des Grossen Rates des Kantons Aargau und diente als Präsidentin der Kommission für öffentliche Sicherheit. Zudem ist sie Co-Präsidentin der FDP-Frauen Region Aarau. Im Oktober 2019 wurde sie in den Nationalrat gewählt, wo sie seither aktiv ist und gegenwärtig die Position der 1. Vizepräsidentin innehat. Im kommenden Jahr dürfte sie den Rat präsidieren. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit im Nationalrat liegt auf der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie setzt sich dort für eine starke Schweizer Armee ein. Ihr Engagement und ihre vielseitige berufliche Erfahrung, einschliesslich ihrer Arbeit bei den Psychiatrischen Diensten Kanton Aargau und der Leitung der Geschäftsstelle der Diabetes Aargau, unterstreichen ihr tiefes Verständnis für gesellschaftliche und politische Themen und machen sie zu einer wichtigen Stimme in der Schweizer Politiklandschaft.

Datum: 08.03.2024

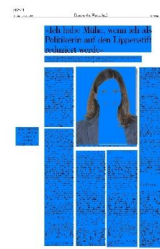
Neue Zürcher Zeitung

Verlagsbeilage

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich

<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 80'908
Erscheinungsweise: unregelmässig



Seite: 9
Fläche: 95'102 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 91190229
Ausschnitt Seite: 3/3



Maja Riniker ist Nationalrätin und in dieser Position auch 1. Vizepräsidentin. FIONA BISCHOF